



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Iberoamerikanisches Gipfeltreffen in Salamanca ohne Fidel Castro*

Trotz seiner Abwesenheit beim 15. iberooamerikanischen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aus Lateinamerika, Spanien, Portugal und Andorra am 14. und 15. Oktober in Salamanca stand Fidel Castro im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das kubanische Regime konnte mit dem Verlauf des Treffens durchaus zufrieden sein. Erstmals hat der seit 1991 jährlich stattfindende Gipfel in der Abschlusserklärung Kuba in seinem Konflikt mit den USA ausdrücklich unterstützt.

So fordert eine verabschiedete Erklärung explizit die Beendigung der „Blockade Kubas“, eine Terminologie, mit der das Castro-Regime das US-Embargo zu bezeichnen pflegt. Eine weitere Erklärung fordert die Auslieferung des ehemaligen CIA-Agenten Luis Posada Carriles, Kubaner mit venezolanischer Staatsbürgerschaft, an Venezuela. Ihm wird vorgeworfen, für den Anschlag auf ein kubanisches Flugzeug im Oktober 1976 verantwortlich zu sein, bei dem 73 Personen ums Leben kamen. Die USA weigern sich, Carriles an Kuba oder Venezuela auszuliefern, da ihm dort kein fai-

rer Prozess garantiert werden könne. Auf den Protest der US-Botschaft in Madrid hin wurde der ursprüngliche Text noch dahin gehend abgeschwächt, dass jetzt auch ein etwaiger Strafprozess in den USA selbst unterstützt wird. Der kubanische Außenminister Felipe Pérez Roque begrüßte die Erklärungen als „ein klares Signal der Unterstützung für den Kampf des kubanischen Volkes“. Man sei sehr zufrieden und habe einen wichtigen politischen und diplomatischen Sieg errungen, erklärte Castros höchster Diplomat. Menschenrechtler, Regimegegner und die spanische Volkspartei kritisierten dagegen diese Unterstützung des Castro-Regimes. Der außenpolitische Sprecher der PP im Parlament, **Gustavo de Arístegui** (Foto), verurteilte die nachgiebige Haltung der Regierung Zapatero gegenüber Castro schwer. Offensichtlich würden die Menschenrechtsverletzungen linksgerichteter Regime von der Regierung Zapatero leichter toleriert, so Arístegui. Zudem beklagte der Schattenaußenminister der PP, dass sich der „Schmusekurs“ Zapateros mit Castro und dem Populisten Chavez aus Vene-



zuela negativ auf das Verhältnis Spaniens zu den USA auswirke, welches nach dem übereilten Truppenabzug aus dem Irak ohnehin noch stark reparaturbedürftig sei.

>> Volkspartei gratuliert Angela Merkel zur Kanzlerschaft


Die spanische Volkspartei hat die Entscheidung für die CDU-Vorsitzende Angela Merkel als neue Bundeskanzlerin einer Großen Koalition positiv aufgenommen. Parteichef Mariano Rajoy sprach von „guten Nachrichten“ und einem „Schritt in die richtige Richtung“. Rajoy hatte im Voraus darauf gehofft, dass Angela Merkel Kanzlerin werden würde und sich für eine engere Zusammenarbeit ausgesprochen. Zusammen mit Angela Merkel und dem Franzosen Nicolas Sarkozy wolle er nach einem möglichen Wahlsieg der Volkspartei bei den Parlamentswahlen 2008 eine „Achse der Gewinner“ bilden.



Generalsekretär Ángel Acebes (Foto) sagte, man wolle alles tun, um gute Beziehungen zu Deutschland zu pflegen. Die Glückwünsche zum vermeintlichen Wahlsieg, die Regierungschef Zapatero an seinen „persönlichen Freund“ Gerhard Schröder gesandt hatte, bezeichnete er als unverantwortlich. Zapatero habe damit eine schlechte Basis für die wichtigen Verhandlungen über die EU-Finanzierung geschaffen, die in

Zukunft mit der neuen deutschen Regierung geführt werden müssen.

>> Kritik am Autonomiestatut nimmt zu

Das katalonische Autonomiestatut  ist vor der Debatte im Nationalparlament im November weiterhin Gegenstand starker

Kritik von Opposition, Verfassungsrechtlern, Medien und Politikern aus den Autonomen Regionen Spaniens. In einer Umfrage haben 68 Prozent der Bevölkerung die Bezeichnung Kataloniens als „Nation“ abgelehnt. Die Mehrheit der Befragten glaubt ebenfalls, dass das Statut die nationale Verfassung verletzt. Regierungschef Zapatero habe sich mit seiner Unterstützung für den Text geirrt, so die einhellige Meinung der Spanier. Der Ministerpräsident hatte sich zuletzt Stück für Stück von seiner allzu kompromissbereiten Haltung zu dem Projekt entfernen müssen. Vizeministerpräsidentin María Fer-



nández de la Vega (Foto) sagte, die Regierung habe erkannt, dass eine Mehrheit das Statut in seiner jetzigen Form nicht akzeptiere. Sie gestand damit indirekt die Fehler der Regierung ein, welche sich in den Umfragen über das Projekt widerspiegeln. Gleichzeitig rief Fernández de la Vega die oppositionelle Volkspartei und deren Vorsitzenden Mariano Rajoy auf, zu einem Vorschlag beizutragen, der für alle akzeptabel sei. Die

Regierung Zapatero hatte in den Wochen zuvor noch eine Beteiligung der PP an einem Kompromiss für das Statut öffentlich ausgeschlossen. Die PP befürchtete indes, dass sich das katalonische Autonomiestatut zu einem Boomerang entwickelt. Das Baskenland und Galizien haben angesichts des Streits um den Begriff der Nation gleiche Rechte für sich eingefordert. Eine Kettenreaktion müsse zwar unbedingt vermieden werden,



jedoch könne man nicht den ganzen Prozess der Autonomiereform stoppen, so die Reaktion von PP-Generalsekretär Ángel Acebes auf einen Vorschlag des Regionalpräsidenten der Balearen, Jaume Matas (PP) (Foto), besser zunächst eine Denkpause einzulegen.

Während die Kritik am neuen Katalonischen Statut weiter wächst – so hatte zum Beispiel die spanische Nationalbank vor negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft gewarnt – hat Zapatero dazu aufgefordert, nach vorne zu blicken und nicht rückwärtsgewandt am alten Statut festzuklammern. Er wolle für Kritiker und Förderer des Statuts gleichermaßen einen annehmbaren Kompromiss finden, betonte er. Selbst sein größter Kritiker in den



eigenen Reihen, der Regionalpräsident von Extremadura Juan Carlos Rodríguez Ibarra (Foto), gab sich nach einem Treffen im Regierungssitz Moncloa zuversichtlich, dass das Statut am Ende verfas-

sungsgemäß sein werde. Um Ibarra zu besänftigen, soll Zapatero ihm finanzielle Zusagen für dringend benötigte Infrastrukturmaßnahmen in der verarmten Region von Extremadura zugesagt haben.

Bei den Feiern zum spanischen Nationalfeiertag am 12. Oktober musste Zapatero jedoch einen gehörigen Dämpfer für seine Kompromisspolitik einstecken. Als erster Ministerpräsident in der Geschichte der spanischen Demokratie wurde er während der traditionellen Militärparade in Madrid ausgepiffen. Als Zapatero den Kolumbus-Platz in der Madrider Innenstadt betrat, wurden laute Rufe wie "Raus hier" und "Schande" hörbar. Der Regierungschef ging daraufhin in die Offensive und gab bekannt, bereits das richtige „Rezept“ zur Lösung des Konflikts parat zu haben. Es gebe insgesamt 8 mögliche Formeln, um die Definition Kataloniens als „Nation“ mit der Verfassung in Einklang zu bringen, hieß es, ohne nähere Angaben zu machen. PP-Chef Rajoy bezeichnete Zapateros „Zauberformeln“ als schlechten Scherz.

>> **EU schaltet sich in der Flüchtlingsfrage ein**

Die Regierungen von Spanien und Marokko versuchen weiterhin, das Flüchtlingsproblem an der Grenze der spanischen Exklaven an der marokkanischen Mittelmeerküste in den Griff zu bekommen. Bei Massenanstürmen auf die Grenzzäune in den letzten Wochen waren insgesamt 14 Menschen ums Leben

gekommen. Aufgrund der Menschenmengen, die sich vor den Grenzzäunen in Ceuta und Melilla angesammelt hatten, griff die marokkanische Regierung zu drastischen Maßnahmen. Mit Bussen wurde ein großer Teil der Illegalen an die Grenze zu Algerien gebracht und dort ohne weitere Versorgung in dem wüstenähnlichen Landstrich ausgesetzt. Menschenrechtsorganisationen warfen der marokkanischen Regierung daraufhin die Verletzung internationaler Standards und Verstoß gegen die Menschenrechte vor. Um weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, erwägt die spanische Volkspartei eine Beschwerde beim Hohen Kommissar für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen. Generalsekretär Ángel Acebes nannte es beschämend, dass die Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero die Rechtslage im Nachbarland als "zufrieden stellend" bezeichnete. Bei einem Besuch an der Grenze bezeichnete der Vorsitzende der Volkspartei Mariano Rajoy (Foto) das marokkanische Vorgehen als „Angriff gegen die Menschenrechte“ und rief dazu auf, diese einzuhalten. Mittlerweile hat die UN Hubschrauberbereinheiten nach Marokko entsandt, um die Flüchtlingstransporte zu überwachen. Trotz des fragwürdigen Umgangs der marokkanischen Behörden mit den Flüchtlingen sprach sich der PP-Chef dafür aus, Flüchtlinge, die versuchen auf spanisches Territorium vorzudrin-



gen umgehend abzuweisen und den marokkanischen Sicherheitsbehörden zu übergeben. Nur so könne eine Reihe von endlosen Verfahren verhindert werden. Er warf Zapatero zudem vor, die Verhandlungen über Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge in der Subsahara-Region völlig vernachlässigt zu haben. Der Regierungschef versucht unterdessen, Handlungsfähigkeit in der Frage zu demonstrieren. Nachdem ein bilateraler Gipfel zwischen Spanien und Marokko keine konkreten Lösungsvorschläge hervor-

gebracht hatte, haben die Außenminister der beiden Länder, Miguel Ángel Moratinos (Foto) und Mohamed Benaisa, nach einem Treffen die Bildung einer interministeriellen Kommission verabredet, die sich dem Problem widmen soll. Unter-



dessen zeigen Meinungsumfragen die wachsende Unzufriedenheit der Spanier mit der Immigrationspolitik Zapateros. In einer Umfrage der Tageszeitung El Mundo hielten 67 Prozent der Befragten die Haltung der Regierung gegenüber Marokko für zu tolerant. Über 80 Prozent glauben, man müsse die marokkanische Regierung stärker unter Druck setzen, um eine direkte Zurückweisung der Illegalen zu ermöglichen.

Nach Schätzungen der EU warten noch rund 30.000 weitere Afrikaner auf die Möglichkeit, die spanisch-marokkanische Grenze zu überwinden und in den Schengen-Raum vorzudringen. Aus diesem Grund

hat die EU-Kommission ein groß angelegtes Hilfsprogramm für Afrika initiiert. Der so genannte neue „Marshallplan“ mit einem Volumen von 10 Milliarden Euro soll Armut und fehlende Bildung bekämpfen und dadurch die Ursachen der Massenauswanderung an ihrer Wurzel packen. Nur so könne langfristig der Schutz der EU-Außengrenzen gewährt werden, hieß es. Unterdessen verweigerte Marokko einer von der EU nach Ceuta und Melilla entsandten Expertenkommission den Zugang zu seinem Territorium. EU-Kommissar Franco Frattini akzeptierte die Entscheidung, bemerkte jedoch, dass die Zusammenarbeit scheinbar doch nicht so gut laufe wie zunächst angenommen. Weiterhin machte die marokkanische Regierung klar, dass die kürzliche Rücknahme von 73 Flüchtlingen eine Ausnahme sei und keinesfalls die Wiederaufnahme des 1992 geschlossenen Rückführungsabkommens bedeute. Die außergewöhnliche Rücknahme war in einem Telefongespräch zwischen König Juan Carlos und König Mohammed VI. von Marokko vereinbart worden. PP-Chef Mariano Rajoy äußerte bei seinem Besuch in Ceuta sein Bedauern, dass nun schon König Juan Carlos Aufgaben wahrnehme, die eigentlich die Regierung lösen müsse. Zudem bemerkte er, dass seiner Meinung nach Marokko den Respekt vor Spanien verloren habe. Die Schuld dafür trage Zapatero mit seiner allzu nachgiebigen Haltung gegenüber dem Nachbarn.

>> Volkspartei liegt in Wählergunst vorne



Zum ersten Mal seit dem 11. März 2004 und dem darauf folgenden Regierungswechsel liegt die Volkspartei in der Wählergunst wieder vor den Sozialisten. Dies ergab eine Umfrage des Forschungsinstituts SIGMA DOS für die liberalkonservative Tageszeitung EL Mundo. Mit 40,6 Prozent der Wählerstimmen liegt sie derzeit einen halben Prozentpunkt vor der sozialistischen Regierungspartei. Bei einer Befragung vor genau einem Jahr im Oktober 2004 hatte die PSOE noch fast 7 Prozent mehr als die PP erreicht. Seitdem jedoch haben die Konservativen in den Umfragen stetig an Boden gut gemacht; zuletzt signalisierten alle Umfragen – auch die von regierungsnahen Instituten – einen deutlichen Meinungsumschwung zugunsten der Volkspartei. Hauptgrund für den Zugewinn der Volkspartei und das schlechte Abschneiden der Regierung ist wohl vor allem der Umgang von Ministerpräsident José Luis Zapatero mit dem katalonischen Autonomiestatut. Zapatero hatte sich zunächst sehr kompromissbereit gezeigt, das Statut in weiten Teilen auch im Nationalparlament anzunehmen. Dafür musste er nicht nur die Kritik der Opposition, sondern auch aus der eigenen Partei hinnehmen. Aus Umfragen geht hervor, dass die Mehrheit der Spanier das Autonomiestatut in seiner jetzigen Form ablehnt. Zapatero, der sich persön-

lich stark in dem Reformprozess engagierte, wird in diesem Zusammenhang zum Hauptverantwortlichen gemacht. Der Regierungschef hat darüber hinaus auch aufgrund weiterer Probleme, wie dem Flüchtlingsdrama in den beiden Exklaven Ceuta und Melilla oder den verheerenden Waldbränden im Sommer, auch an persönlicher Sympathie eingebüßt. Seine Beliebtheit ist im letzten Jahr um insgesamt 13,6 Prozentpunkte gefallen. Viele Spanier halten Zapateros Immigrationspolitik für zu leichtfertig und tolerant. Sie kritisieren außerdem die fehlende Aufklärungsarbeit der Regierung, nachdem 11 Menschen bei Feuern in der Region Guadalajara ums Leben gekommen waren. Die Umfragen sprechen zwar noch nicht für einen politischen Wechsel. Trotzdem ist es offensichtlich, dass Zapateros Politik immer weniger Unterstützung beim Volk findet.

>> **Spanisches Handelsbilanzdefizit steigt explosionsartig**

Der wirtschaftspolitische Sprecher der PP, Miguel Arias Cañete (Foto), verlangt aufgrund der neuesten Wirtschaftsdaten von der Regierung Zapatero eine Überarbeitung des Haushaltsvorschlags für 2006. Arias Cañete warnte davor, dass Spanien das höchste Handelsbilanzdefizit aller Zeiten einfahren könne, wenn man nicht sofort gegen die



Misere vorgehe. Dieses war nach letzten Berechnungen im Jahr 2005 bisher um 40 Prozent gestiegen. Die expansiven Ausgaben der Regierung für Importe haben ebenso dazu geführt, dass das Defizit in der Leistungsbilanz, welche das Gleichgewicht der gesamten wirtschaftlichen Vorgänge zwischen In- und Ausland widerspiegelt, 67 Prozent höher als im vergangenen Jahr liegt. Die Preise im Einzelhandel dagegen sind weiter gestiegen. Durch diese gegensätzlichen Entwicklungen könnte die Inflation, nach Angaben des nationalen Statistikinstituts, bis zum Jahresende auf 3,7 Prozent hochgetrieben werden. Dazu kommt noch, dass der sonst positive Überschuss aus dem wichtigen Tourismusgeschäft um 7 Prozent gefallen ist. Arias Cañete bezeichnete diese Zahlen als sehr beunruhigend und erklärte, Zapatero würde durch sein verantwortungsloses Wirtschaften den spanischen Verbrauchern erheblichen Schaden zufügen.

Misere vorgehe. Dieses war nach letzten Berechnungen im Jahr 2005 bisher um 40 Prozent gestiegen. Die expansiven Ausgaben der Regierung für Importe haben ebenso dazu geführt, dass das Defizit in der Leistungsbilanz, welche das Gleichgewicht der gesamten wirtschaftlichen Vorgänge zwischen In- und Ausland widerspiegelt, 67 Prozent höher als im vergangenen Jahr liegt. Die Preise im Einzelhandel dagegen sind weiter gestiegen. Durch diese gegensätzlichen Entwicklungen könnte die Inflation, nach Angaben des nationalen Statistikinstituts, bis zum Jahresende auf 3,7 Prozent hochgetrieben werden. Dazu kommt noch, dass der sonst positive Überschuss aus dem wichtigen Tourismusgeschäft um 7 Prozent gefallen ist. Arias Cañete bezeichnete diese Zahlen als sehr beunruhigend und erklärte, Zapatero würde durch sein verantwortungsloses Wirtschaften den spanischen Verbrauchern erheblichen Schaden zufügen.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith
Matthias Vogl
Design: Normann Kreuter
Postanschrift:
Paseo de la Castellana 167
28046 Madrid, España
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana